



**Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt
Behindertenbeauftragte**

Kalk Karree
Ottmar-Pohl-Platz 1, 51103 Köln
Auskunft Frau Thiemann, Zimmer 2D12
Telefon 0221 221-22822, Telefax 0221 221-6627497
E-Mail behindertenbeauftragte@stadt-koeln.de
Internet www.stadt-koeln.de

Sprechzeiten
nach Vereinbarung

KVB Linien 1, 9, 159
Haltestelle Kalk Post (nicht rollstuhlgerecht) und
Haltestelle Kalk Kapelle (rollstuhlgerecht)
S-Bahn S 12, S 13, RB 25
Haltestelle Trimbornstraße (nicht rollstuhlgerecht)

Datum

29.06.2009

Auszug aus der Niederschrift der 22. Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 28.05.2009

2. Vorträge/ Gespräche mit externen Partnern

**2.1 Schwerpunktthema I:
Menschen mit Behinderung mit Migrationshintergrund**

Frau Bredehorst erläutert, dass das Thema „Menschen mit Behinderung mit Migrationshintergrund“ bisher weder im Integrationsrat noch in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik thematisiert worden ist. Deswegen dient diese Sitzung als Einstieg in das Thema. Die Ergebnisse der Sitzung sollen auch dem Integrationsrat zur Verfügung gestellt werden.

Die Ergebnisse (siehe unten; die Kurzübersicht des Forderungskataloges ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.) sollen zudem der noch zu gründenden Arbeitsgruppe „Menschen mit Behinderung mit Migrationshintergrund“ als erste Arbeitsgrundlage dienen. Anschließend sollen die Arbeitsergebnisse der Arbeitsgruppe in das Integrationskonzept einfließen.

Als Einstieg in das Thema referieren

- Frau Ina-Beate Fohlmeister/Leiterin des Interkulturellen Referates
 - Kurzzusammenfassung der Handlungsempfehlungen des Integra-

tionskonzeptes. Diese ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

- Herr Arif Ünal/Leiter des Gesundheitszentrums für Migranten
 - Situation der Menschen mit Behinderung mit Migrationshintergrund aus dem türkischen bzw. arabischen Raum. Der Vortrag ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.
- Herr Rainer Zuch/Synagogengemeinde Köln
 - Situation der Menschen mit Behinderung mit Migration aus den osteuropäischen und russischen Gebieten. Die Vortragsunterlagen sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.
- Herr Wolfgang Schmidt/Verbände der Freien Wohlfahrtsfahrtspflege / Diakonisches Werk/Jugend- und Behindertenhilfe Michaelshoven gGmbH
 - Erfahrungen der übrigen Verbände der Freien Wohlfahrtsfahrtspflege zur Situation der Menschen mit Behinderung mit Migrationshintergrund. Die Stellungnahmen der Verbände der Freien Wohlfahrtsfahrtspflege wurden am 18.05. und 26.05.2009 per E-Mail verschickt und sind der Niederschrift noch einmal als Anlage beigefügt.

In der anschließenden Diskussion wird übereinstimmend festgestellt, dass es in der Behindertenhilfe im Gegensatz z. B. zum Gesundheitsbereich bisher noch keine interkulturelle Öffnung gegeben hat. Die Berücksichtigung des kulturellen und ethnischen Hintergrundes ist bei dieser Personengruppe aber unabdingbar erforderlich. Trotzdem sollten keine neuen speziellen Zentren aufgebaut werden, sondern die vorhandenen Zentren auch für zielgruppenorientierte Angebote geöffnet werden. Zudem müssen die bisherigen zielgruppenorientierten Einrichtungen in das bestehende Angebot eingebunden werden.

Dies betrifft sowohl die präventiven als auch die ambulanten Angebote und Einrichtungen. Diese Angebote sollten vernetzt werden. Die Nachhaltigkeit muss gewährleistet sein.

Die Angebote müssen mit fachlich, kulturell und ethnisch geschultem Personal ausgestattet und durchgeführt werden. Das vorhandene Personal muss zudem entsprechend geschult werden. Ein Ausbau der vorhandenen Konzepte ist aufgrund des Aufwands erforderlich.

Zudem ist eine sprachliche Unterstützung bei der Beratung und Begleitung erforderlich. Angehörige wie Eltern, Onkel, Tante oder Geschwister sollten nicht als Dolmetscher genutzt werden, da diese mit eigenen ethischen, persönlichen Vorgaben belastet sind und somit keine „neutrale“ Übersetzung und Hilfe gewährleisten. Die eigenen Ängste und Bedürfnisse der Angehörigen (Probleme sind z.B.: Behindertes Kind ist Partnerersatz bzw. behinderte Person ist Lebensinhalt: Was tue ich, wenn die zu pflegende Person nicht mehr meine Hilfe benötigt?; familiärer Hintergrund: Behinderung/Krankheit ist Strafe Gottes, die verheimlicht werden muss; keine Verantwortlichkeit der Angehörigen: Es besteht

Seite 3

die Erwartung, dass der Staat alles regelt.) können sonst eine optimale Unterstützung der Menschen mit Behinderung nicht gewährleisten. Die Dolmetscher sollten ebenfalls geschult sein im Umgang mit den Menschen mit Behinderung mit Migrationshintergrund und ihren Angehörigen und deren kulturellen und ethnischen Hintergrund.

Das Gesundheitszentrum für Migranten macht pro Jahr 15-20 Fortbildungen und arbeitet mit 2/3 der anwesenden Einrichtungen zusammen. Eventuell könnten das Zentrum auch die Schulungen weiterer Organisationen übernehmen.

Der LVR hat seine Angebote für Menschen mit Behinderung größtenteils auch auf die Bedarfe der Menschen mit Behinderung mit Migrationshintergrund abgestimmt. So ist in jeder Fachklinik des LVR ein/e Integrationsbeauftragte/r tätig. Die meisten Informationsschriften werden mehrsprachig herausgegeben. Darüber hinaus sind in allen Einrichtungen Fachkräfte eingesetzt, die muttersprachlich geprägt sind. Des Weiteren unterstützt der LVR auch Projekte für und mit Menschen mit Behinderung mit Migrationshintergrund wie z. B. MiBoCap, ein Projekt an der Grundschule Holweide.

Ein Appell geht auch an die Universität zu Köln, sich wissenschaftlich mit dem Thema Menschen mit Behinderung mit Migrationshintergrund auseinanderzusetzen. Es gibt sehr wenige bzw. keine fundierten wissenschaftlichen Forschungsergebnisse und Schriften zu diesem Thema, die als Grundlage für die Arbeit herangezogen werden können. Diese werden aber dringend benötigt.

Zusammenfassend stellt Frau Bredehorst dar, dass es erforderlich ist, mehr Kultursensibilität in die vorhandenen Einrichtungen der Behindertenhilfe einzubringen. Die Wegweiserrolle der Beratungsstellen muss verbessert werden. Die Stadt Köln fördert 40 Zentren für Migranten und Migrantinnen. Auch diese Zentren sollen in das Netzwerk für Menschen mit Behinderung mit Migrationshintergrund einbezogen werden.

Für die Kölner Behindertenpolitik gilt mittlerweile die Devise „Inklusion statt Integration“. Diesen Leitsatz gilt es auch in der Integrationspolitik zu verankern.

Frau Bredehorst dankt den Referenten und bittet alle an der Mitarbeit in der Arbeitsgruppe „Menschen mit Behinderung mit Migrationshintergrund“ Interessierten, sich per E-Mail an die Geschäftsführung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zu wenden. Diese wird die Namen und Adressen an das Interkulturelle Referat weiterleiten, welches dann baldmöglichst zur ersten Sitzung der Arbeitsgruppe einladen wird.